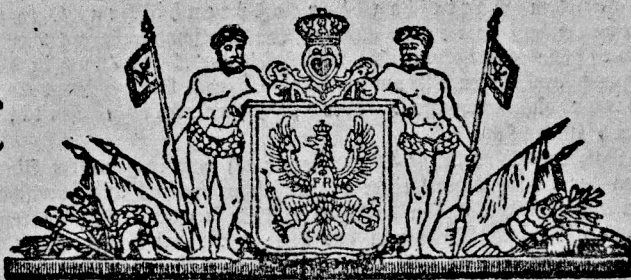


# Wossische



# Zeitung

70 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Lloyd Georges Abrüstungspläne.

Schanzers Verhandlungsabsichten.

London, 27. März.

Die heutige Besprechung zwischen Lloyd George und Schanzer soll angeblich dem Zweck dienen, die kürzlich im „Daily Chronicle“ bekanntgegebenen Abrüstungspläne von Lloyd George vor der Konferenz von Genua durchzusprechen. Lloyd George soll die Ansicht vertreten, daß Schanzer auf der Konferenz von Washington durch seine fortschrittlichen Gedanken über die Abrüstungsfrage besonders geeignet sei, ihn bei der Durchführung seiner Pläne auf der Konferenz von Genua zu unterstützen.

Die Konferenz der Sachverständigen hat im Laufe der gestrigen Vormittagsitzung das Währungsproblem behandelt. Sie hat beschlossen, häufige Zusammentünfte der Leiter der Emissionsbanken aller Länder zu empfehlen, damit sie sich über ihre Gesichtspunkte aussprechen und ihren Regierungen eine gemeinsame Finanzpolitik vorschlagen können. Die Konferenz hat sich dann mit der Organisation der Kommission für die russischen Schulden beschäftigt und u. a. auch den Reklamationen Rechnung getragen, die hierüber eingereicht werden können. Es wurde festgelegt, daß diese Beschlusfassung nur einen provisorischen Charakter tragen soll und Veränderungen unterworfen werden kann, die von einer Vereinigung von Inhabern russischer Werte vorgebracht werden können. Diese Vereinigung hat übrigens bereits ein Projekt für die Regelung der russischen Schuldforderung ausgearbeitet.

Paris, 26. März. (W. T. B.)

Das „Journal“ berichtet, Finanzminister de Lasteyrie habe gestern Abend dem Ministerpräsidenten Poincaré erklärt, daß die Vorbereitungen für das nächstjährige Budget ihm nicht gestattete die französische Delegation für Genua zu führen. Das Blatt fügt hinzu, wenn Barthou auch bei seiner ablehnenden Haltung beharre, werde man sich in großer Verlegenheit befinden, eine Persönlichkeit ausfindig zu machen, die mit den Regierungschefs fast aller Länder Europas auf gleichem Fuße in Genua verhandeln könnte.

Moskau, 25. März. (W. T. B.)

In einer Denkschrift teilte die Sowjetregierung den Westmächten mit, daß im vergangenen und im laufenden Jahre folgende Gesetze erlassen oder abgeändert wurden, um die Sicherheit des Lebens und des Eigentums zu gewährleisten: Sicherstellung des Verhältnisses zwischen den Staatsbediensteten und Arbeitern sowie ihrer Vereinigungen und den Unternehmungen, Abänderung der Arbeitspflicht, Bekanntgabe der Gewerbe- und Handelsfreiheit im Inlande, Sicherstellung des Rechts der Staatsbürger auf ihre Wohnung. Durch ein besonderes Dekret der Regierung wurde das Briefgeheimnis im Prinzip anerkannt. Das Vorgehen bei der Briefzensur unter außerordentlichen Verhältnissen wird gesetzlich geregelt werden. Ausdrücklich werden die Rechte der Staatsbürger in bezug auf das außergerichtliche Verfahren bei Zwangsmaßnahmen der staatspolitischen Behörden festgestellt. Die allgemeine Aufsicht über die Tätigkeit der politischen Behörden wird dem Justizkommissariat übertragen. Diese Grundrechte der Staatsbürger werden jetzt bei der Neugestaltung des Gesetzbuches der Republik berücksichtigt. Der Staat beschränkt sich ferner darauf, nur die größten und wichtigsten Industrien im eigenen Betrieb zu behalten, während er alle anderen auf kaufmännischer Grundlage umorganisiert und sie an Private verpachtet. Die Lösung solcher Nachdrucke kann nur durch das Gericht erfolgen. Angesichts der Notwendigkeit, ausländische technische Hilfsmittel und Materialien einzuführen, befreit die Regierung die konzessionierten Händler von der Gefahr der Nationalisierung, Requisition und Beschlagnahme ihrer Betriebe.

Das Außenhandelsstaatsmonopol sei ein organisches Grundgesetz Sowjetrußlands und könne daher nicht aufgehoben werden. Die Aufhebung unter den gegenwärtigen Bedingungen hätte den Ausverkauf der letzten Reste an Warenvorräten für das jetzige Geld zur Folge, sie würde zur Auslieferung der kleinen Produzenten und Besitzer an das ausländische Kapital führen.

Aus Moskau wird dem „New York Herald“ gedrahiet: In einer Unterredung mit Lenin erklärt dieser, nur ein körperlicher Zusammenbruch könnte ihn daran hindern, nach Genua zu gehen. Er habe nicht den Wunsch, sich in Genua mit Politik zu befassen. Denn die Konferenz solle von geschäftlichen Prinzipien geleitet werden und geschäftliche Angelegenheiten ordnen. Rußland braucht den Handel mit den bürgerlichen Staaten und muß ihn bekommen. Diese aber brauchen unseren Handel, denn sie wissen, daß sie das europäische Wirtschaftsleben ohne Rußland nicht wiederaufrichten können. „Der Mann, den ich vor allen zu sehen wünsche“, fuhr Lenin fort, „ist Lloyd George. Er bewies nämlich, daß

er ein Realist sei, mit dem eine Verständigung möglich ist, natürlich nicht in politischer Hinsicht weil eine solche zwischen Sowjetrußland und den bürgerlichen Staaten unmöglich ist, sondern eine geschäftliche Verständigung ist mit Lloyd George durchaus möglich.“ Auf die Frage des Berichterstatters, ob nicht allen Verhandlungen die politische Anerkennung Sowjetrußlands vorausgehen müßte, erwiderte Lenin: „Gewiß muß zunächst ein System gegenseitiger Duldung eingeführt werden, weil sonst die Handelsbeziehungen nicht aufgenommen werden können, noch wäre nicht einzusehen, worum

diese gegenseitige Duldung nicht auch mit England zustandekommen sollte. Lloyd George weiß, daß Rußland in der nächsten Zeit ausländisches Kapital stark in Anspruch nehmen wird, und er ist zu sehr Realist, um nicht zu wünschen, daß Englands Kapital ebenfalls an der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands teilnehme. Wenn man aber glaubt, daß man der russischen Delegation in Genua entwürdigende Bedingungen vor Abschluß von Verträgen auferlegen könnte, werde man sich sehr täuschen. Rußland lasse sich nicht als besiegter Staat behandeln.“

## Revision des türkischen Friedens.

### Konstantinopel bleibt Hauptstadt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Paris, 27. März.

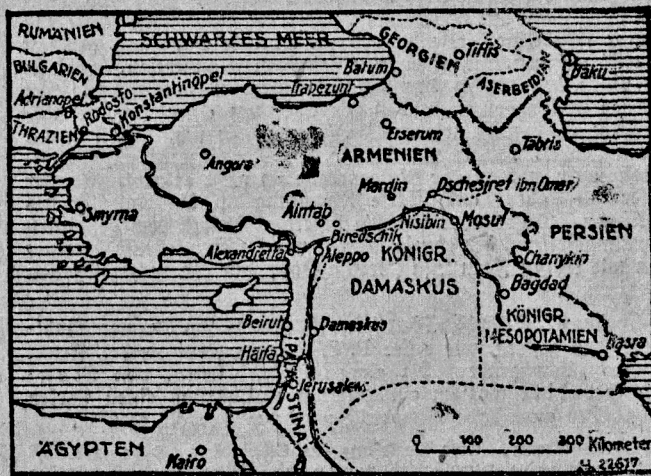
Die Konferenz der Außenminister über die Orientfrage ging gestern Abend gegen 10 1/2 Uhr zu Ende. Nach Abschluß der Sitzung wurde der Presse ein längeres Kommuniqué übergeben, während die Gesamtschlüsse, über die bereits in der Sonntagsausgabe der „Wossischen Zeitung“ berichtet wurde, etwa 20 Schreibmaschinenseiten umfassen, erst im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden sollen. Der zusammenfassende Bericht hat folgenden vor Sanson verarbeiteten Wortlaut:

Die Vorschläge, mit denen die Minister der beteiligten Parteien sich befaßt haben, hätten ihre Grundlage in dem gemeinsamen Wunsch, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wieder herzustellen, ohne allerdings einer der Parteien Bedingungen aufzuzwingen, die ihnen als Niederlage oder ein Mißerfolg erschienen. Die Minister wünschen die türkische Nation und die türkische Macht unter Bedingungen wiederherzustellen, die es den Türken gestatteten, unter Beibehaltung der Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Dasein zu führen.

Sie wünschen ferner, den Muslimen das gerechteste Regime sicherzustellen und die Jahrhunderte alte Autorität des Sultans aufrechtzuerhalten. Andererseits wünschen sie der griechischen Nation eine Schadloshaltung für die Opfer zu geben, die sie während des Krieges für die Sache der Alliierten auf sich genommen hätten. Damit in Zukunft zwischen den beiden Völkern gegenseitiges Vertrauen herrsche, hätten die drei Minister Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für die Minderheiten, Muselmanen wie Griechen, in Europa und in Asien vorgezogen. In diesem Geiste sei auch der Waffenstillstandsvorschlag gemacht worden. In der Absicht, eine friedliche Räumung Kleinasiens durchzuführen, wenn diese Operationen mit Erfolg durchgeführt werden, werde die türkische Souveränität in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer und von den Grenzen Transkaukasiens und Persiens bis zum Ägäischen Meere sichergestellt.

In Europa werde Konstantinopel und ein breiter Streifen Ostthraziens unter der vollen Souveränität des Sultans verbleiben. Die Territorien um die Meerengen würden entmilitarisiert. Die alliierten Streitkräfte in Galipoli und die alliierten Militärinspektoren würden über die Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen wachen. Eine internationale Kommission werde mit der Instandhaltung der Meerengen betraut.

Die alliierten Minister hätten nicht verabsäumt, die Lage der Armenier zu prüfen, die so oft die Opfer der Konflikte geworden seien, deren Schauplatz der Orient sei. Sie hätten sich entschieden, dem Völkerbundrat die Sorge anzuvertrauen, die Mittel zu finden, die den von den Armeniern ausgesprochenen Wünschen Befriedigung geben könnten.



Die alliierten Minister hätten anerkannt, daß die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße geachtet werden müsse, und wenn sie auf Grund ihrer Beteiligung am großen Kriege an der Seite der europäischen Mittelmächte Lasten zu tragen hätte, so erlange der Stand ihrer Zahlungsfähigkeit eine Pauschalentschädigung. Die Verwaltung der detsche ottomane werde aufrechterhalten, da sie sich bewährt habe. Unter dem Vorbehalt gewisser Schutzmaßnahmen würde für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten keine weitere Finanzkontrolle der Türkei stattfinden.

Die alliierten Minister hätten auch die Maßnahmen beraten, um das Kapitulationsystem abzuschaffen, ohne die Rechte und Interessen der Fremden in der Türkei zu gefährden. Alle diese Vorschläge der alliierten Minister würden den in Frage kommenden Staaten übermittelt, die aufgefordert würden, innerhalb drei Wochen in eine noch näher zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden. Die Oberkommissare Englands, Frankreichs und Italiens in Konstantinopel würden Vertretern der gegnerischen Parteien beistehen.

Der „Matin“ ergänzt dieses Kommuniqué durch die folgenden Angaben: Die Türkei werde wiederum Herrin der gesamten Gebiete Kleinasiens. Selbst das Vilajet Smyrna fällt wieder an die Türkei zurück. Nur die Stadt Smyrna selbst wird ein Sonderregime erhalten und zwar eine städtische Autonomie, die aber lediglich den Zweck verfolgt, die Rechte der christlichen Minderheiten zu schützen und der Souveränität des Kalifen keinerlei Abbruch tut.

Die Räumung Kleinasiens durch die griechischen Truppen soll unter Kontrolle der verbündeten Generalstäbe innerhalb vier Monaten erfolgen. Die griechische Grenze in Europa, die etwa 30 Kilometer von Konstantinopel entfernt ist, wird jetzt bis westlich von Rodosto zurückgezogen und endet dicht am Schwarzen Meer, so daß Griechenland nicht mehr das einzige Grenzland der europäischen Türkei ist. In Thrazien, in der Nachbarschaft des Schwarzen Meeres, besteht künftig auch eine gemeinsame Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei. Der Teil Thraziens, den die drei Außenminister den Griechen lassen wollen, umfaßt allerdings die Stadt Adrianopel. Aber auch hier wird ein städtisches Regime eingerichtet, genau wie in Smyrna, was beweist, daß die Verbündeten wünschen, eine Art Parallelismus zwischen den türkischen Minderheiten in Europa und den christlichen Minderheiten in Asien herzustellen.

Das Ergebnis der Orientkonferenz wird von der Agentur Havas vom französischen Standpunkt wie folgt dargelegt: „Für den Fall einer Ablehnung der alliierten Vermittlung sei in keiner Weise von Sanktionen die Rede, also z. B. der Blockade oder Besetzung Konstantinopels, wie man sie vor einigen Monaten in London etwa ins Auge gefaßt habe, und diese Drohungen seien übrigens auch illusorisch. Damals sei die französische Diplomatie von der Gefahr bedroht gewesen, entweder zu einer feindseligen Haltung gegen die Türkei oder aber zum Bruch mit ihrem Alliierten sich hinreißend zu lassen.“

Diese Gefahr sei völlig aus dem Wege geräumt und gleichzeitig mit ihr verschwinde die Spannung, die in den französisch-englischen Beziehungen durch das Abkommen von Angora erzeugt worden sei. Dieses Ergebnis allein gewinne schon eine besondere Bedeutung am Vorabend der Genueser Konferenz. Frankreich werde auch den Türken gegenüber den moralischen Gewinn aus den Opfern, die es ihnen im Abkommen von Angora gebracht habe, wahren, denn seiner Ausdauer und Initiative sei zum großen Teil die jüngste Entwicklung der englischen Politik ihnen gegenüber zu danken.

Zusuf Kemal Bei, der Außenminister der Regierung von Angora, hat Paris gestern Abend verlassen und wird sich über Warna direkt nach Angora begeben, um seiner Regierung über die Unterhaltungen mit den französischen und englischen Staatsmännern Bericht zu erstatten und um an den Verhandlungen über den Waffenstillstandsvorschlag teilzunehmen.